

Unabhängiger Monitoringausschuss  
zur Umsetzung der UN-Konvention über die  
**Rechte von Menschen mit Behinderungen**  
**MonitoringAusschuss.at**

**Sitzung Regierungsgebäude**  
**1010 Wien, Stubenring 1, 21.09.2009 09:00 bis 14:00 Uhr**

**Vorsitz:** Marianne Schulze

**Mitglieder des Ausschusses:**

*VertreterInnen der organisierten Menschen mit Behinderungen:*

Christina Meierschitz

Marianne Schulze

Anthony Williams

*VertreterIn aus dem Bereich der Menschenrechte:*

entschuldigt

*Vertreter aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:*

Johannes Trimmel

*Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:*

Ursula Naue

**anwesende Ersatzmitglieder des Ausschusses:**

**BMASK:** Sabine Wagner  
Wolfgang Iser  
Andreas Reinalter (Abt. IV/1)

**BSB:** entschuldigt

## **Resümeeprotokoll**

Tagesordnung und Agenda lagen vor. Die Vorsitzende begrüßt Herrn Reinalter, der als Gast für die Abt. IV/1 teilnimmt.

### **1. Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird bestätigt.

### **2. Dokumentation der ergangenen Umlaufbeschlüsse**

Zwischen den Sitzungen des MA wurden die Stellungnahmen des MA zur Unterbringungs- und Heimaufenthaltsrechtsnovelle sowie die zum verpflichtenden Kindergartenjahr einstimmig beschlossen (Beschlussfassungserklärungen der Vorsitzenden per E-Mail vom 25.08. bzw. 27.08.09).

Die Vorsitzende berichtet, dass anlassbezogen sowohl im BMJ als auch im Familienstaatssekretariat im BMWFJ Arbeitsgruppen zu den beiden Themen eingerichtet werden sollen.

### 3. Einzelfälle

#### MA-0001/09:

Gegenständlicher Einzelfall war Anlass für den in Arbeit befindlichen Entwurf einer generellen Stellungnahme des MA zum Themenfeld Beschäftigungstherapie. Ein überarbeiteter Entwurf soll in der öffentlichen Sitzung des MA behandelt werden. Adressat der SN sollen das BMASK und die Länder sein (via Verbindungsstelle).

Da die Beschwerde nunmehr schon länger anhängig ist, soll noch vor Ergehen der Stellungnahme ein Erledigungsschreiben an den Beschwerdeführer ergehen, mit der die Stellungnahme angekündigt wird, diese soll dann separat übermittelt werden.

#### MA-0002/09:

Auf Wunsch eines abwesenden Mitglieds, das neuere Informationen zu diesem Fall habe, wird vertagt.

Die aus diesem Fall abgeleitete allgemeine Stellungnahme, Clearingstelle wird beschlossen und soll an BMG und Länder (via Verbindungsstelle) ergehen. Die zweite Stellungnahme, privatwirtschaftlich erbrachte Leistungen wird ergänzt und soll bei der nächsten Sitzung für eine mögliche Beschlussfassung vorgelegt werden.

#### MA-0003/09:

Die Vorsitzende berichtet, dass sie mit dem Beschwerdeführer die Übermittlung weiterer Unterlagen vereinbart habe, derzeit aber glaube, dass der BF keine weitere Betreuung der Angelegenheit durch den MA wünsche.

Das Büro wird nach Beschlussfassung die beiden mit diesem Einzelfall in Verbindung stehenden SN „persönliche Assistenz“ und „privatwirtschaftlich erbrachte Leistungen“ dem BF per E-Mail zur Kenntnis bringen.

Erstere SN wird durch die Vorsitzende noch um einen Satz ergänzt werden, zweitere durch das Büro um einen Absatz.

#### MA-0004/09:

Die Vorsitzende wird in dieser Sache noch einmal via Vertrauensperson mit der BF Kontakt aufnehmen. Zu Grundsatzfragen der Pflegschaft soll einE VertreterIn einer Kinder- und Jugendwohlfahrtsbehörde eingeladen werden.

#### MA-0005/09:

Da im Bundesland Steiermark ein Behindertenanwalt bestellt ist, und es sich augenscheinlich um eine Landesangelegenheit handelt, wird das Büro den Fall mit dem Ersuchen um Information über das Ergebnis und Unterstützungsangebot in Konventionsfragen abtreten.

#### MA-0006/09:

Die Vorsitzende berichtet vom gescheiterten Versuch eines Lokalaugenscheins und einem Termin mit der Leiterin der MA 10. Das Büro wird wunschgemäß die Liste

der Mitglieder an die MA 10 übermitteln. Mitglieder mögen sich mit einem gültigen Personalausweis und dem Ernennungsdekret legitimieren.

MA-0007/09:

Frau Meierschitz wird Kontakt mit dem BF und dessen Sachwalter aufnehmen.

#### **4. Stellungnahme Beschäftigungstherapie**

siehe Pt. 3 Fall 0001

#### **5. Bericht an Hohe Kommissärin**

Entgegen dem in der letzten Sitzung Beschlossenen sollen nunmehr eigene Dokumente jeweils des MA und des BMASK an das Büro in Genf ergehen, das Dokument des BMASK via BMeiA, das Dokument des MA direkt durch die Vorsitzende.

#### **6. Stellungnahme Kinderrechte**

Eine gemeinsame Übermittlung der Stellungnahme mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft wird vorbereitet, anschließend wird das BMWFJ durch die Vorsitzende informiert.

#### **7. Einbindung der Zivilgesellschaft („Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“)**

Das vorliegende Papier soll in der öffentlichen Sitzung diskutiert werden.

#### **8. Website des MA**

Die Vorsitzende und das Büro berichten über den Stand der Umsetzung. Diskutiert wird, welche Mindeststandards in Hinblick auf Barrierefreiheit angestrebt werden sollen, insbesondere in Hinblick auf leichte Verständlichkeit und LL-Fassung von Einzeldokumenten.

Das Büro wird eine Kontaktadresse zum deutschen BMAS zwecks Nachfrage LL-Fassung der Konvention übermitteln.

Für die Veröffentlichung sollen Protokolle bis auf Ausschussmitglieder und BMASK-MitarbeiterInnen anonymisiert werden.

An E-Mail-Adressen soll es geben:

buero@monitoringausschuss.at  
 info@monitoringausschuss.at  
 anmeldung@monitoringausschuss.at  
 vorsitz@monitoringausschuss.at  
 office@monitoringausschuss.at

und zumindest 3 weitere Adressen.

## **9. öffentliche Sitzung am 27.10.09**

Die öffentliche Sitzung soll sich gliedern in

Vorstellung des Ausschusses durch die Vorsitzende

Vorstellung der Mitglieder

Abhaltung einer Sitzung (ca. 1 h)

Dialog mit der Zivilgesellschaft

Inhaltlich werden die Stellungnahmen zur BT und privaten Leistungsträgern sowie Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung / Art. 4 Abs. 3 CRPD ins Auge gefasst.

Das Büro wird einen Verteiler für die Einladungen entwerfen und der ÖAR zur allfälligen Ergänzung übermitteln.

## **10. Termin für die übernächste Sitzung**

Die übernächste Sitzung soll am 04.11.09 14:00 bis ca. 17:00 Uhr im Saal III des Regierungsgebäudes stattfinden. Themen: Nachbereitung der öffentlichen Sitzung, sowie, angesichts des Themenschwerpunktes der Vereinten Nationen für den internationalen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember auch die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Von den acht Zielen sollen zunächst die ersten beiden, Armut und Bildung, diskutiert werden.

## **11. Allfälliges**

Die Vorsitzende berichtet von einer geplanten Sitzung des CRPD Komitees in Genf am 21.10.09 zu Artikel 12 CRPD.

Die Vorsitzende berichtet von einer geplanten Sitzung des CRPD Komitees in Genf am 26.10.09 zum Thema Monitoringstellen.

Offen sind die Pläne des BMASK über Einbindung der Zivilgesellschaft in den ersten Staatenbericht 2010. Es wird übereingekommen, dass der Mindeststandards bei zumindest einer Konsultation vor Erstellung und einer im Zuge der Endredaktion anzusiedeln ist.

Die Pläne der Bundesregierung betreffend eine umfassende Menschenrechtsinstitution wären zur urgieren. Die Vorsitzende wird das Büro des HBMASK kontaktieren.

Marianne Schulze  
(Vorsitzende)

Silvia Weissenberg  
(Schriftführerin)